WP30 C. Freiheit schützen – Vielfalt leben 7. Kommunales: Herzstücke des guten Lebens

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	20.12.2023
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Kommunales: Herzstücke des guten Lebens

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise in Thüringen sind das Herzstück in der Frage: Wie kann gutes Leben in Thüringen aussehen? Hier entscheiden sich viele wichtige Dinge des täglichen Lebens. Gibt es genügend bezahlbaren Wohnraum, Kindergärten und Schulen? Existiert eine funktionierende, digitalisierte Verwaltung, die Bürger*innen ernst nimmt? Gibt es genügend Sporthallen, Schwimmbäder, Parks und lebendige Innenstädte? Fahren genug Busse?

Kommunen übernehmen viele wichtige Aufgaben, die das Leben der Menschen direkt betreffen. Gerade die aktuellen Herausforderungen eines klimagerechten Strukturwandels, einer Mobilitäts-, aber auch Bauwende betreffen die Kommunen besonders. Darum ist es uns ein Herzensanliegen, Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken. In der besseren Finanzierung der Kommunen haben wir bereits einiges erreicht und setzen uns auch auf Bundesebene für eine auskömmliche Finanzierung ein. Aber es geht eben nicht nur um das Geld: es geht auch um funktionierende Strukturen und um eine starke Demokratie auch auf kommunaler Ebene.

Kernziele:

- Stärkung der kommunalen Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Digitalisierung
- Thüringer Kommunalordnung weiter überarbeiten, Transparenz und Kompetenzen für Räte stärken
- Kommunale Demokratie stärken und Kommunalpolitik attraktiver machen

Kommunen absichern, Handlungsspielräume ermöglichen

In der auskömmlichen Finanzierung der Kommunen haben wir unter BÜNDNISGRÜNER Regierungsbeteiligung bereits wichtige Fortschritte gemacht – noch nie floss so viel Landesgeld wie heute in die Haushalte der Kommunen. Das Ergebnis: Die Verschuldungen der Städte und Gemeinde sinken und auch für Investitionen gibt es etliche Zuschüsse. Gerade der neu eingeführte Soziallastenausgleich entlastet die Kommunen deutlich. Trotzdem sind die Investitionsbedarfe weiterhin hoch – gerade vor dem Hintergrund der Klimakrise und der Digitalisierung. Insbesondere Investitionen in erneuerbare Energien rentieren sich für die Kommunen jedoch sehr schnell. Daher muss es ihnen möglich sein, diese Investitionen ohne große Hürden zu tätigen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Modernen sozial-ökologischer kommunalen Finanzausgleich, der besonders die Bereiche Klima, Digitalisierung und Bildung berücksichtigt
- Stärkung des "Konnexitätsprinzips", nach dem alle Aufgabenübertragungen an Kommunen angemessen finanziert werden müssen (siehe Kapitel Haushalt & Finanzen)
- Dialog mit Kommunen zum weiteren Schuldenabbaupfad und Haushaltskonsolidierung für stark verschuldete Kommunen
- Weiterführung und Ausbau von gezielter Unterstützung der Kommunen bei Belangen von Klimaschutz- und Klimaanpassung, chancengerechter Bildung, Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung sowie Schaffung moderner und barrierefreier öffentlicher Infrastruktur
- Beteiligung von Kommunen an Energiegenossenschaften und anderen rentierlichen Investition im Energiebereich ermöglichen
- Finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Erlösen von Windanlagen über ein Energiebeteiligungsgesetz garantieren
- Einrichtung von Fonds in Thüringer Kommunalordnung ermöglichen, beispielsweise für Bodenbevorratung (siehe Kapitel Wohnen)
- Einsatz auf Bundesebene für mehr kommunale Finanzautonomie, z. B. mehr Steueranteile für Kommunen

Demokratie in Kommunen stärken

Viele tausende Menschen sind auf kommunaler Ebene ehrenamtlich politisch aktiv. Sie gestalten damit in ihrer Freizeit das Leben in ihren Städten, Dörfern und Landkreisen mit. Bürgerinnen und Bürger wiederum erleben auf der kommunalen Ebene sehr direkt, ob Politik ihren Ansprüchen gerecht wird. Daher wollen wir die Kommunalpolitik darin stärken, attraktiver für Ehrenamtliche zu werden und mehr Menschen einzubinden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Transparentere und bürger*innenfreundlichere Gestaltung der Thüringer Kommunalordnung unter anderem mit mehr Frage- und Befassungsrechten für Räte
- Weiteren Ausbau der verpflichtenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kommunalordnung
- Einführung sowie anfängliche konzeptionelle und finanzielle Unterstützung von Kinder- und Jugend- oder Schüler*innen-Parlamenten
- Absenkung des kommunalen Wahlrechts, sodass Jugendliche bereits ab 14 Jahren wählen dürfen
- Auch Nicht-EU-Bürger*innen das aktive und passive kommunale Wahlrecht ermöglichen
- Öffentlichkeit von Ausschüssen verpflichtend einführen und Rechte der kommunalen Parlamente stärken bei der Kontrolle kommunaler Unternehmen und Beteiligungen, aber auch der Kommunalverwaltung
- Möglichkeit von Scheinkandidaturen unterbinden
- Bürger*innen stärker als bisher an Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden und der dafür erforderlichen Ausgabenplanung beteiligen, z.B. durch mehr Mitspracherechte bei der Haushaltsplanung
- Integrationsbeiräte mit festen Kompetenzen in Kommunalordnung verankern
- Unterstützung der Einrichtung weiterer kommunaler Integrationsbeiräte und ihrer Einbindung in politische Entscheidungsprozesse
- Attraktivität der Arbeit der Gemeinderäte und Kreistage erhöhen und Bedingungen für das Ehrenamt stärken, unter anderem durch die Ermöglichung von hybriden Sitzungen, geregelte Erstattung von Kinderbetreuungskosten, familienfreundlichere Sitzungszeiten, gezielte Unterstützung der Kandidatur von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen für Kommunalmandate, eine festgelegte Mindestfinanzierung für Fraktionen (siehe Kapitel Demokratie)
- Förderprogramm für Kommunen zur Einführung und Stärkung familienfreundlicher Gremienarbeit
- Freistellungsregelungen und Verdienstausfall für Ehrenamt auch für Angestellte adäquat regeln

Leistungsfähigkeit der Kommunen sichern

Kommunen sind direkt mit der Bewältigung vieler politischer Herausforderungen konfrontiert. Ob und wie wir die Klimakrise, soziale Gerechtigkeit und Mobilitätswende meistern können, entscheidet sich auch an der Leistungsfähigkeit

der Kommunen. Daher braucht es funktionierende Strukturen, in und mit denen Kommunen arbeiten.

Nicht nur die interne Verwaltung muss daher dringend modernisiert und digitalisiert werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen Kommen muss gestärkt werden. Um belastbare Strukturen zu schaffen, sind auch weiterhin Gemeindezusammenschlüsse sinnvoll. Für eine bürger*innennahe Verwaltung ist es unerheblich, wo sich der Verwaltungssitz befindet, solange die Verwaltung einfach und unkompliziert vor Ort ansprechbar ist – beispielsweise über die flächendeckende Einrichtung von Bürgerservicebüros und -terminals.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gestärkte kommunale Selbstverwaltung
- Unterstützung der Kommunen bei Modernisierung der Verwaltung – digital, nah an den Bürger*innen, agil
- Fortsetzung der Förderung freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse als erfolgreicher Ansatz für Modernisierung der Gebietsstrukturen in Thüringen
- Bürger*innen in Gebiets- und Verwaltungsreform intensiv einbeziehen, beispielsweise über regionale Bürgergutachten
- Fokus auf Steigerung der interkommunalen Zusammenarbeit, vor allem auch auf Kreisebene
- Flächendeckendes Angebot von Servicebüros und Terminals für Bürger*innen sicherstellen
- Zügiger Ausbau eines Angebots von Verwaltungsleistungen im Internet